

Ausbildungsplatzgarantie jetzt!

Berlin/Frankfurt a. M., 17. Mai 2013. Eine Ausbildungsplatzgarantie für alle jungen Menschen fordern die DGB – Jugend, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit und die Landeschülervertretung Hessen anlässlich der diesjährigen Bundestagswahl und richten hierzu am 21. Mai einen gemeinsamen Aktionstag aus. „Egal wie die Wahlen ausgehen: ein Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz und eine angemessene Förderung müssen in der nächsten Regierungsperiode endlich realisiert werden“, sagt Walter Würfel, Sprecher des Kooperationsverbunds Jugendsozialarbeit.

Obwohl die Zahl der jungen Menschen, die auf dem Ausbildungsmarkt eine Stelle suchen, demografisch bedingt sinkt und Fachkräfte dringend gebraucht werden, gehen auch in diesem Jahr rund 270.000 Jugendliche nach der Schule erst einmal leer aus und können nicht direkt in die Ausbildung starten. Viele junge Menschen bleiben dann auch langfristig ohne Berufsabschluss. „Wir müssen endlich die Ausbildung weiterentwickeln – zu einem verlässlichen Angebot für alle Jugendlichen, die nach der Schule einen Beruf erlernen wollen. Dafür brauchen wir Arbeitgeber, die jungen Menschen eine Chance geben, statt Ausbildungsplätze unbesetzt zu lassen oder sich ganz aus der Ausbildung zurückziehen“, erklärt Würfel. Wenn Betriebe und Jugendliche besser unterstützt und sicher begleitet würden, könnten viel mehr junge Menschen direkt in eine Ausbildung starten und sie auch erfolgreich bewältigen. Die Rahmenbedingungen für solche Formen der sozialpädagogisch assistierten oder begleiteten Ausbildung durch die Jugendsozialarbeit müssen allerdings dringend verbessert werden, damit alle Jugendlichen auch die Unterstützung bekommen, die sie brauchen.

Das Recht auf Ausbildung ist im UN-Sozialpakt international festgeschrieben. Um die konkrete Umsetzung auf nationaler Ebene sicherzustellen, setzen sich die DGB-Jugend, die GEW, der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit und die Landeschülervertretung Hessen dafür ein, die Ausbildungsplatzgarantie in den Sozialgesetzbüchern zu verankern.

Im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit haben sich die Arbeiterwohlfahrt (AWO), die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSa) und die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS), die Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit (BAG ÖRT), DER PARITÄTISCHE Gesamtverband (DER PARITÄTISCHE), das Deutsche Rote Kreuz (DRK) und der Internationale Bund (IB) zusammengeschlossen. Sein Ziel ist es, die gesellschaftliche und politische Teilhabe von benachteiligten Jugendlichen zu verbessern.

Ansprechpartnerin:

Marlene Menk

Referentin für Öffentlichkeitsarbeit im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit

Telefon: 030/28 87 89 59; Mobil: 0163/395 11 45;

E-Mail: marlene.menk@jugendsozialarbeit.de; Internet: www.jugendsozialarbeit.de

